



**Deutsches
Jugendinstitut**

Informationen zum Datenschutz und zur Datenverarbeitung von Fotos auf Veranstaltungen des DJI

Die Verarbeitung von Informationen über identifizierbare Personen einschließlich Fotos („personenbezogene Daten“) erfolgt ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzrechts, insbesondere der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

Verantwortlichkeit für die Datenverarbeitung

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstr. 2
81541 München

Vorstand:
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach,
Astrid Fischer

Tel.: 089/62306-0
E-Mail: info@dji.de
Internet: www.dji.de

Datenschutzbeauftragte: Martina Gille
Tel.: 089/62306-127
E-Mail: datenschutz@dji.de

Zweck und Umfang der Verarbeitung

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt zum Zwecke der Dokumentation der Veranstaltung und zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Jugendinstituts. Dabei werden Fotoaufnahmen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Deutschen Jugendinstituts erstellt und auf einem gesicherten Laufwerk gespeichert, auf das nur befugte Personen Zugriff erhalten. Sofern die Daten nach der Aufnahme verändert werden, wird darauf geachtet, dass die Bearbeitung nicht entstellend wirkt.

Eine Veröffentlichung erfolgt grundsätzlich nur mit Einwilligung der betroffenen Personen oder in den gesetzlich zugelassenen Ausnahmefällen (z.B. bei Bildnissen aus dem Bereich der Zeitgeschichte oder wenn bei einer öffentlichen Versammlung das Gesamtgeschehen im Vordergrund steht). Die Aufnahmen werden vor einer Veröffentlichung gesichtet und dahingehend überprüft, ob die Rechte und Interessen der abgebildeten Personen gewahrt sind.

Empfänger der Daten

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstituts sind im Umgang mit personenbezogenen Daten auf die Vertraulichkeit verpflichtet. Fotos werden nur dann an andere Dritte weitergegeben, wenn die betroffenen Personen eingewilligt haben oder die Weitergabe gesetzlich erlaubt ist. Personenbezogene Daten können an externe Dienstleister weitergegeben werden, die eine Verarbeitung im Rahmen eines Vertrags ausschließlich auf Weisung des Deutschen Jugendinstituts und nicht für eigene Zwecke durchführen („Auftragsverarbeiter“).



Speicherung und Löschung

Das Deutsche Jugendinstitut bewahrt personenbezogene Daten nur solange auf, wie dies für den jeweiligen Verwendungszweck erforderlich oder vorgeschrieben ist. Fotos, die zur Dokumentation der Veranstaltung und zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aufgenommen wurden, werden auf unbestimmte Zeit zweckgebunden gespeichert. Wenn der Datenverarbeitung widersprochen oder eine erteilte Einwilligung widerrufen wird, dann werden die personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht und nicht weiterverarbeitet. Falls rechtliche Aufbewahrungspflichten einer Löschung entgegenstehen, dann wird die Verarbeitung der Daten eingeschränkt.

Rechtliche Grundlagen

Die Fotos werden aufgrund des berechtigten Interesses gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO zur Dokumentation der Veranstaltung und zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vom Deutschen Jugendinstitut aufgenommen und verarbeitet. Eine Verbreitung der Fotos erfolgt in Abhängigkeit des jeweiligen Motivs auf Grundlage der Bestimmungen des Art. 6 Abs. 1 DS-GVO, Art. 9 Abs. 2 DS-GVO und §§ 22, 23 KUG.

Rechte der Betroffenen

Die Personen, auf die sich die verarbeiteten Daten beziehen („betroffene Personen“), haben unter den geltenden gesetzlichen Voraussetzungen Anspruch auf folgende Rechte:

- Bestätigung, ob personenbezogenen Daten über sie verarbeitet werden, Auskunft über diese Daten und die Umstände der Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO),
- Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DS-GVO),
- Löschung der sie betreffenden Daten (Art. 17 DS-GVO),
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO),
- Datenübertragbarkeit der von ihnen bereitgestellten Daten (Art. 20 DS-GVO),
- Widerspruch gegen die Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen Forschungszwecken, Werbezwecken oder auf Grundlage berechtigter Interessen (Art. 21 DS-GVO),
- Widerruf einer Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft (Art. 7 DS-GVO) und
- das Recht, keinen Entscheidungen unterworfen zu werden, die ausschließlich auf automatisierten Verarbeitungen beruhen (Art. 22 DS-GVO).

Des Weiteren haben betroffene Personen das Recht, sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu beschweren (Art. 77 DS-GVO): Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA), Promenade 27, 91522 Ansbach.